

DIE KRISE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT UND DER NEUE KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Historische und konzeptionelle Annäherungen

Thomas Pikettys »Kapital im 21. Jahrhundert« hat nunmehr auch fünf Jahre nach seinem Erscheinen an Aktualität kaum eingebüßt. In seinem Buch hat der französische Wirtschaftswissenschaftler auf die Zusammenhänge zwischen einer steigenden Vermögenskonzentration und einem unregelmäßigem Kapitalismus hingewiesen; die Reaktionen, die nicht nur Zustimmung zum Ausdruck brachten, zeigten in aller Deutlichkeit, dass dessen Ausführungen zweifellos den Nerv der Zeit trafen.¹ Doch nicht nur die Befunde zur Vermögensungleichheit und ihrer historischen Entwicklung, sondern auch andere Überlegungen »zum Sozialen« erlebten seither eine Renaissance. Diese deuten auf einen düsteren Erwartungshorizont, ein Gefühl zunehmender Unbeherrschbarkeit und stetig schwindender Handlungsmöglichkeiten: Die Debatte über »Modernisierungsverlierer«, um nur ein Beispiel zu nennen, also die explizite Bezugnahme auf exkludierte Bevölkerungsteile, deren Existenz ungewisse Folgen für die Legitimation demokratischer Gesellschaften nach sich zöge, befindet sich seit geraumer Zeit auf der politischen Agenda. Auch die Thematisierung einer sich zunehmend vergrößernden »Schere« zwischen »arm« und »reich«, das häufig bemühte

¹ Siehe Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014; vgl. auch ders., Ökonomie der Ungleichheit. Eine Einführung, München ²2016. Vgl. zur Diskussion unter anderem Julian Bank, Leerstelle in der wirtschaftspolitischen Debatte? Die Piketty-Rezeption und Vermögensungleichheit in Deutschland, in: Ethik und Gesellschaft (2016), 1, S. 1–31.

Bild einer »bedrängten« Mittelschicht² und Warnungen vor den unabsehbaren Folgen aktueller Verteilungskonflikte³ könnten ebenfalls in die lange Reihe besorgter Sozialdiagnosen eingereiht werden, die keineswegs nur auf Deutschland beschränkt sind, und sich in den letzten Jahren noch einmal verschärft zu haben scheinen.⁴ Euro- und Schuldenkrise, der »Brexit« und ein grassierender Rechts- wie Linkspopulismus in Europa, »PEGIDA« und die jüngsten Wahlerfolge der »Alternative für Deutschland«,⁵ die mit Verve geführten Diskussionen um die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Enteignung von Immobilienkonzernen oder die Forderung nach der Verstaatlichung privater Firmen: »Das Soziale« polarisiert wie selten zuvor, gängige Ordnungs- und Orientierungsentwürfe, überkommene Sinnstiftungs- und Identifizierungsangebote, (schein-)konsensuale gesellschaftliche Leitideen werden zunehmend hinterfragt und sind unübersehbar ins Wanken geraten.

Diese gegenwärtigen, gleichwohl diffusen und schwer zu greifenden Beobachtungen sind Ausgangspunkt des nachfolgenden Sammelbandes, der sich der jüngeren Vorgeschichte sowie den aktuellen Ausprägungen und Nachwirkungen jener Konfliktlagen widmet. Dabei geht es den einzelnen Aufsätzen um je zeitgenössische Erwartungshaltungen und Erfahrungshorizonte, Brüche und Zäsuren, aber auch um Kontinuitäten und Persistenzen hinsichtlich unterschiedlicher Begriffskonstruktionen, die als normative semantische Setzungen soziale und ökonomische Entwicklungen beschreiben. Zudem geht es darum, interdisziplinäre Überlegungen zum Gegenstand anzustellen und perspektivisch disziplinenübergreifend zu bearbeiten. Dazu sind in diesem Band AutorInnen nicht nur aus den Geschichts-, sondern ebenfalls aus den Wirtschaftswissenschaften, der Theologie, Literatur- und Politikwissenschaft sowie der Soziologie versammelt. In den Blick genommen werden von ihnen aus den je spezifischen Blickrichtungen die Attraktivität jener sozialen Beschreibungsformeln und Ordnungsentwürfe zu bestimmten Zeiten, aber auch ihre Offenheit und Umstrittenheit, Kompatibilität und Aneignungsmodi. Welche Konstruktionsprinzipien, Eigenlogiken und Repräsentationsformen, so möchten wir fragen, lagen und liegen geläufigen Sozialdeu-

2 Siehe nur Bernhard Vogel, *Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen*, Hamburg 2009; Herfried Münkler, *Mitte und Maß: Der Kampf um die richtige Ordnung*, Berlin 2010; Cornelia Koppetsch, *Die Wiederkehr der Konformität. Streifzüge durch die gefährdete Mitte*, Bonn 2015.

3 Marcel Fratzscher, *Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird*, München 2017. In globaler Perspektive sind zentral für diese Zusammenhänge August Deaton, *Der große Ausbruch. Von Armut und Wohlstand der Nationen*, Stuttgart 2017; Branko Milanovic, *Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization*, Cambridge 2016.

4 Für eben jenes Unbehagen in (ost-)europäischer Perspektive steht die Veröffentlichung von Ivan Kráštef, *Europadämmerung. Ein Essay*, Berlin 2017.

5 Vgl. nur jüngst Norbert Frei u. a., *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin 2019 oder Cornelia Koppetsch, *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*, Bielefeld 2019.

tungen zugrunde, wie haben sich diese historisch gewandelt? Wo liegen die Ursprünge des Nachdenkens über bestimmte Ordnungskonzeptionen und welche Konsequenzen wären daraus für eine vergleichende, über die Disziplinengrenzen hinausreichende Zeitgeschichte solcher Ordnungsentwürfe zu ziehen? Neben den Begriffen der »Sozialen Marktwirtschaft« und des (Neuen) »Kapitalismus«, von denen weiter unten noch die Rede sein wird, ist eine besondere Brisanz gerade für den des »Neoliberalismus« zu erkennen. Einige Historiker haben zuletzt zurecht angemahnt, der Begriff – der grob gesprochen die Existenz sozialer Ungleichheit als Movers wirtschaftlichen Wachstums einer Gesellschaft hervorhebt und Elemente wie Marktradikalität, Entsolidarisierung oder auch eine Ethnisierung sozialer Konflikte⁶ umfasst – sei eine inhaltlich diffuse, häufig abwertend genutzte ideologische Benennung,⁷ ja eine »politische Kampfvokabel«,⁸ der deshalb von der zeithistorischen wie sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung eine gleichsam nüchtern-reflektierte wie analytische Verwendung verlangt. Insofern kann dieser Band nicht nur als Beitrag zur Ideen- und Politikgeschichte des Neoliberalismus gesehen werden, den Doering-Manteuffel ins Zentrum seines »dritten Zeitbogens« gestellt hat,⁹ sondern ganz generell als ein Versuch, jene konzeptionell-begrifflichen Ausdeutungen, Bedeutungsverschiebungen, Problematisierungen, die Reichweite von Labeln sowie Narrativedynamiken zu erfassen.¹⁰ Um jenen Sozialkonstruktionen in ihrer je zeitgenössischen Prägung und ihrem Nachwirken nachzuspüren, werden im Folgenden vier Ebenen miteinander verschränkt.

6 Christoph Butterwegge, Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-) Politik, in: ders. / Bettina Lösch / Ralf Ptak (Hg.), *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden 2017, S. 123–200; vgl. auch den »Klassiker« der Literatur zum Thema: Colin Crouch, *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*, Berlin 2011; Paul Mason, *Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie*, Frankfurt a.M. 2016; Simon Springer / Kean Birch / Julia MacLeavy (Hg.), *The Handbook of Neoliberalism*, New York 2016 sowie zuletzt Quinn Slobodian, *Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge/London 2018 und Paul Nolte, *A Different Sort of Neoliberalism? Making Sense of German History since the 1970s*, in: *Bulletin of the German Historical Institute Washington* 64 (2019), S. 9–25.

7 Andreas Rödder, *21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, München 2015, S. 54.

8 Frank Bösch / Thomas Hertfelder / Gabriele Metzler, *Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert*, in: dies. (Hg.), *Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2018, S. 13–36, hier S. 24.

9 Anselm Doering-Manteuffel, *Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), 3, S. 321–348.

10 Vgl. etwa die Ausführungen bei Christoph Conrad, *Die Sprachen des Wohlfahrtsstaates*, in: Stephan Lessenich (Hg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe: Historische und aktuelle Diskurse*, Frankfurt a.M. 2003, S. 55–69.

»Wohlstand für alle«? Soziale Marktwirtschaft und »Wirtschaftswunder« in der Bundesrepublik nach 1949

Der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat, der seit Mitte der 1950er Jahre allmählich Gestalt angenommen, eine stetige Expansion erlebt und an der Wende zu den 1970er Jahren seinen Höhepunkt gefunden hatte, bündelte sich – angefangen von der Bismarckschen bis zur Weimarer Sozialgesetzgebung – nicht nur sozialpolitische Strömungen des späten 19. Jahrhunderts und der Zwischenkriegszeit. Relativ günstige ökonomische Ausgangsbedingungen, die vor allem durch den Marshallplan stimuliert worden waren, unterstützten den Siegeszug der Sozialen Marktwirtschaft und beförderten darüber hinaus jenes »Wirtschaftswunder«, das verschiedenen konvergenten Entwicklungen zu verdanken war – diese Entwicklungen waren freilich keineswegs Selbstverständlichkeiten. Im Lichte einer landesweit dramatischen sozialen Lage nach dem Krieg, einer Vielzahl besonders Schutzbedürftiger, wie Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsoffer und schweren materiellen Verwüstungen, machte schnell die Rede von der »Volksnot« oder »Volksarmut« die Runde.¹¹

Die heute in Rückblicken nicht selten visionär wie affirmativ rekonstruierte, weitgehende institutionelle Restauration der bewährten Sozialversicherungssysteme und Durchsetzung konzeptioneller Leitbilder verlief jedoch alles andere als reibungslos. Vielmehr war der Wiederaufbau des Sozialen zunächst Gegenstand überaus konfliktreicher Aushandlungs- und Selbstverständigungsprozesse zwischen den bürgerlichen Parteien auf der einen und der SPD bzw. den Gewerkschaften auf der anderen Seite. Letztere präferierten zunächst noch einen »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus, stützten sich aber dabei mit ebenso großer Bestimmtheit auf den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft, wie es die Bundesregierung tat. Gerade diese begriffliche Kompatibilität und Unschärfe war der Grund für den großen zeitgenössischen Erfolg dieser Leitformel, die gleichzeitig Zukunftsversprechen und Antwort war auf die Erfahrungen einer gescheiterten Sozial- und Wirtschaftspolitik Weimarer Prägung. So konnte der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft letztlich »als parteipolitisch gebundener Wertbegriff, als theoretisches Konzept und als Beschreibung einer historisch wandelbaren Praxis«¹² reüssieren und eine breite (Nach-)Wirkung entfalten.¹³ Der Terminus fungierte in der Nachkriegsbundesrepublik als zunehmend popularisierter Werbe- und Kampfbegriff, der die bundesdeutsche Bevölkerung wie auch die Opposition gegen sozialistische Bestrebungen immunisieren und auf

11 Zu den Anfängen bundesdeutscher Sozialpolitik Hans Günter Hockerts, Integration der Gesellschaft: Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Sozialreform 32 (1986), 1, S. 25–41.

12 Hans Günter Hockerts / Günter Schulz, Einleitung, in: dies (Hg.), Der »Rheinische Kapitalismus« in der Ära Adenauer, Paderborn 2016, S. 9–28, hier S. 14.

13 Vgl. den Beitrag von *Friedrun Quaas* in diesem Band.

den neuen Kurs einschwören sollte. Ziel der Formel – laut Günter Schulz »kein einstimmiger gregorianischer Choral, sondern eher ein mehrstimmiges Madrigal«¹⁴ – war es nicht zuletzt, etwaige Bedenkenräger mit der Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen zu versöhnen und zugleich Vorwürfen kapitalistischer Restauration dezidiert entgegenwirken zu können.¹⁵ Der Wirtschaftshistoriker Bernhard Löffler, der die symbolpolitische Seite des Begriffs en détail betrachtet hat, spricht gar von einer »affirmative[n] rhetorische[n] Figur«, einem »genial vereinfachende[n] Werbelabel und propagandistischen Medienprodukt«.¹⁶

Anvisiert war damit ein Wert- und Ordnungssystem, das grundsätzlich (und trotz konfessionell teils stark abweichender Akzentsetzung) christlich fundiert war, also sich am selbstbestimmten, sozial verantwortlich handelnden Menschen orientierte. Eine solche Ausrichtung sollte, so die damit verbundenen Hoffnungen, wiederum zu einer Steigerung der Produktivität und allgemeinem Wohlstand führen.¹⁷ Neben die Macht der Tradition und pfadabhängige Kontinuitäten vereinten sich außerdem ordoliberalen Denkanstöße, also des Prinzips der Freiheit auf dem Markt, mit Einflüssen der US-amerikanischen Besatzungsmacht sowie des Sozialkatholizismus. Letzterer machte sich für eine Implementierung von Grundsätzen wie Solidarität und Subsidiarität stark, also der Nachrangigkeit und Eigenverantwortung, wobei eine sozialstaatliche Leistung erst dann gewährt werden sollte, wenn alle anderen Einkommensarten oder Unterhaltungsmöglichkeiten ausgeschöpft waren.¹⁸ Leitgedanke und zentrale Zielvorstellung war die Herstellung eines allgemeinen Wohlstandes, wobei Fragen nach Art, Ausmaß und Dauer staatlicher Regulierung und Intervention große parteipolitische Differenzen offenlegten (Eigenvorsorge vs. Kollektivsorge, privat-individualisierte

14 Günter Schulz, Soziale Marktwirtschaft in der historischen Perspektive. Eine Einführung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 4 (1997), S. 169–174, hier S. 171. Siehe ferner Bernhard Emunds / Hans Günter Hockerts (Hg.), Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik, Paderborn 2015. Nell Breuning sprach von »sozial temperierten Kapitalismus«, lehnte die kapitalistisch-marktwirtschaftliche Ökonomie nicht ab, wollte aber die kapitalistische Klassengesellschaft überwinden und den Kapitalismus bändigen.

15 Hockerts/Schulz, Einleitung, S. 17.

16 Bernhard Löffler, Ökonomie und Geist. Ludwig Erhard, die Intellektuellen und die Ideengeschichte des europäischen Neoliberalismus, in: Michael Hochgeschwender (Hg.), Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche in der Adenauerzeit, Bonn 2011, S. 74–102, hier S. 75. Zum Begriff der Sozialen Marktwirtschaft und dessen integrativen Kraft vgl. auch Mark Spoerer, Wohlstand für alle? Soziale Marktwirtschaft, in: Thomas Hertfelder / Andreas Rödter (Hg.), Modell Deutschland: Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen 2007, S. 28–43, aus politikwissenschaftlicher Perspektive Martin Nonhoff, Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«, Bielefeld 2006.

17 Siehe zu diesen Aspekten die Beiträge von *Ursula Nothelle-Wildfeuer* und *Benedikt Brunner* in diesem Band.

18 Vgl. Michael S. Abländer / Peter Ulrich (Hg.), 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft: Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel, Bern 2009, S. 175–194.

vs. gesellschaftlich-solidarisierte Sozialpolitik, Freiheit vs. Gleichheit).¹⁹ Zwar avancierte spätestens mit der »Godesberger Wende« der SPD das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zu einer parteipolitisch wie ideologisch umfassenden Verständigungsformel, doch sollte die Sozialdemokratie künftig weit stärker am Keynesianismus ausgerichtet bleiben. Frappierendes Resultat war somit eine überaus variationsreiche Verwendung des Begriffs bis wenigstens in die 1980er Jahre, vermutlich gar über die Zäsur 1989/90 hinweg, die aber zumindest einen weitgehend unerschütterlichen Grundkonsens schuf: Denn im Gegensatz etwa zum angloamerikanischen Raum lagen die sozialpolitischen Geschehnisse mit der CDU/CSU und der SPD bei zwei großen Sozialstaatsparteien – die sich freilich just dieser Tage damit konfrontiert sehen, dass ihr Charakter als »Volksparteien« im Niedergang begriffen scheint.²⁰

Ungeachtet aller skizzierten Abweichungen hinsichtlich der begrifflichen Aneignung, Adaption und Aufladung: Die sozialstaatlichen Erfolge lesen sich im Rückblick zweifellos beeindruckend: Manfred Schmidt spricht bezüglich der Jahre 1957 bis 1974 völlig zutreffend von einer Phase des expansiven Sozialstaates.²¹ Begünstigt war die Expansion des Wohlfahrtsstaates, die ihren Höhepunkt in der Großen Koalition und in den ersten Jahren der sozialliberalen Koalition haben sollte, von einem außergewöhnlich großen Wirtschaftswachstum und somit überaus günstigen Rahmenbedingungen. »[D]ie Euphorie der Expansion schien Grenzen des Risikos nicht zu kennen«²² – so stieg der Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt (die sogenannte Sozialleistungsquote) von 1960 bis

19 Oliver Nachtwey, *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*, Wiesbaden 2009, S. 132f.; siehe zu den grundlegenden parteipolitischen Konflikten auch Timo Grunden, *Nach dem Machtwechsel der Politikwechsel? Die Frage der sozialen Gleichheit in christdemokratischer und sozialdemokratischer Steuer- und Haushaltspolitik 1994–2002*, Duisburg 2004, bes. S. 45–53.

20 Oliver Nachtwey, *System ohne Stabilität: Der Niedergang der Volksparteien*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64 (2019), 2, S. 95–102.

21 Hier und im Folgenden Manfred G. Schmidt, *Der deutsche Sozialstaat. Geschichte und Gegenwart*, München 2012; vgl. für Fragen der Periodisierung und der sozialstaatlichen Ausgestaltung auch ausführlich ders. / Tobias Ostheim / Nico A. Siegel u.a. (Hg.), *Der Wohlfahrtsstaat: Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2007; Alexander Nützenadel, *Wachstum und kein Ende. Die Ära des Keynesianismus in der Bundesrepublik*, in: Werner Plumpe / Joachim Scholtz (Hg.), *Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik*, Stuttgart 2012, S. 119–138. Die Ausführungen beziehen sich außerdem auf Johannes Frerich / Martin Frey, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Teil 3: Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit*, München 1993. Verwiesen sei außerdem auf die einschlägigen 11 Bände zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Baden-Baden 2001–2008.

22 Paul Nolte, *Risikante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus*, München 2006.

1975 von 18 auf gut 26 Prozent.²³ In Zeiten des »Konsenskapitalismus«²⁴ war Sozialpolitik Konsensstifterin, profitierten Arbeitnehmer von den allgemein guten wirtschaftlichen Entwicklungen, partizipierten am Wohlstand und dem Ausbau sozialer Interventions-, Sicherungs- und Präventionssysteme, während die Unternehmerseite die stabile Nachfrage an Konsumgütern zu schätzen wusste. Dominierten schon zuvor wirkmächtige Selbstdeutungsentwürfe wie Helmut Schelskys »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« oder die »Bolte-Zwiebel«,²⁵ so bildeten sodann Schlagworte wie »Vollbeschäftigung« – bis 1973 lag die Zahl der offenen Stellen, mit Ausnahme des Jahres des ersten Konjunktüreintruchs 1967, über derjenigen der Arbeitslosen – und dem »importierten« Label der »Überflusgesellschaft« (John Kenneth Galbraith) denjenigen Deutungsrahmen und Erwartungshorizont, den manche Zeitgenossen hoffnungsfroh von einem »Sieg über die Armut« träumen ließen.²⁶ Der Nutzen und die Machbarkeit staatlicher Steuerung, so etwa auch der Eingriff im Falle des Auftretens konjunktureller Krisen, stand im Zentrum sozialpolitischen (Zukunfts-)Agierens und hieß immer auch Überzeugung und Glaube an eine Planbarkeit der Stabilisierung von Prosperität.²⁷ Dieses insgesamt ausgesprochen zukunftsoptimistische Leitbild in Zeiten des »Schönwetter-Sozialstaats«²⁸ könnte aus heutiger Sicht leicht waghalsig und illusionär, vielleicht überheblich oder gar naiv erscheinen; für den Zeitgenossen jedoch war das Symbol der »Goldenen Uhr« nach 50 Jahren Betriebszugehörigkeit, also die Annahme lebenslanger stabiler Beschäftigungsverhältnisse, wenn auch keine Selbstverständlichkeit, dann doch wenigstens potentiell greifbares Symbol für Planungssicherheit und Machbarkeitsglaube. Kurz: Der Nachkriegsboom ließ die Ansprüche und Erwartungshaltungen der Bevölkerung an den Staat als Regulierer und Garant von sozialer Gerechtigkeit ebenso anwachsen wie der Wohlstand finanzielle Verteilungsspielräume in ungekannten Größenordnungen stark erweiterte.²⁹

23 In den folgenden Jahren sollte sie stetig sinken, ehe sie seit 1990 wieder im Steigen begriffen ist. 2018 lag die Sozialleistungsquote bei knapp 30 Prozent. Siehe hierfür Hans Günter Hockerts, Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 3–29.

24 Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

25 Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft: Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.

26 Christoph Lorke, Armut im geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik und der DDR, Frankfurt a.M./New York 2015, S. 228.

27 Christoph Boyer, Vom Keynesianismus und Staatssozialismus zum ...? Sozialökonomische Umbrüche in Europa im späten 20. Jahrhundert, in: Zeitgeschichte 34 (2007), S. 135–143.

28 Hockerts, Problemlöser.

29 Konrad H. Jarausch, Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart, in: ders. (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 9–28. Zu den veränderten Erwartungshorizonten Lutz Raphael, Europäische Sozialstaaten in der Boomphase (1948–1973). Versuch einer historischen Distan-

Nicht nur in Zeitdiagnosen, auch im historischen Rückblick war und ist die dann folgende Phase »nach dem Boom«³⁰ mit Krisennarrativen verbunden, deren Auslöser und Begründungen die 1970er Jahre als sozioökonomische Wasserscheide hervortreten lassen. Zusammengefasst werden jene Umbrüche zumeist unter den folgenden Schlagworten: der Zusammenbruch von Bretton Woods, die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte und der Abbau von Kontrollen grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs, die zunehmende Europäisierungstendenzen und eine damit entstehende Supranationalisierung des Sozialen, wodurch nationale Wirtschafts- und Finanzeingriffe entwertet und ein Verlust von Steuerungskompetenz, letztlich eine zunehmende Entgrenzung des national gerahmten Sozialstaates zu beobachten ist.³¹ Auch wenn es sicherlich verkürzt wäre, die (westdeutsche bzw. westeuropäische) Geschichte seit den 1970er Jahren allein als eine Geschichte des Verlustes und des Niedergangs zu schreiben und dabei die vielfältigen Aufbrüche in Umbruchszeiten (trotz sozialer Kosten) auszublenken,³² so bleibt doch festzuhalten: Allein in der Bundesrepublik stieg die Zahl der Arbeitslosen mit dem Wachstumseinbruch 1974/75 von 270.000 rasch auf über eine Million. Diese Grenze wurde ebenda in den folgenden Jahren bei verbesserter Konjunkturlage nur leicht unterschritten, um mit dem nächsten wirtschaftlichen Einbruch 1981/82 auf gar deutlich über zwei Millionen anzusteigen, was nicht weniger als eine Verachteinhalbfachung in nur zehn Jahren bedeutete. Diese Ausmaße versinnbildlichten nicht nur einen allmählichen Bedeutungsverlust der klassischen Lohnarbeit und somit einen »Abschied von der industriegesellschaftlichen Hochmoderne«,³³ sie erhöhten vor allem auch den ohnehin bereits beträchtlichen Druck auf die sozialen Sicherungssysteme. Die markante Verschlechterung der ökonomischen Rahmungen ließen nun vermehrt Sozialstaatskritiker auf den Plan treten, die eine Einschränkung bei den Sozialausgaben

zierung einer »klassischen Phase« des europäischen Wohlfahrtsstaates, in: Hartmut Kaelble / Günther Schmid (Hg.), *Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat*, Berlin 2004, S. 51–74.

30 Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2010; Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael / Thomas Schlemmer (Hg.), *Vorgeschichte der Gegenwart: Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016.

31 Siehe dazu den Beitrag von *Hans-Ulrich Thamer* in diesem Band. Vgl. Außerdem Geoff Eley, *End of the Post-War? The 1970s as a Key Watershed in European History*, in: *Journal of Modern European History* 9 (2011), S. 12–17; Bent Greve, *Welfare and the Welfare State. Present and Future*, London 2015; Ernst Stetter, *The EU Welfare State. Past, Present, and Future*, in: José Antonio Ocampo / Joseph E. Stiglitz (Hg.), *The Welfare State Revisited*, New York 2018, S. 191–212; Hartmut Kaelble, *Mehr Reichtum, mehr Armut. Soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt a.M./New York 2017.

32 Morten Reitmayer, *Nach dem Boom – eine neue Belle Époque? Versuch einer vorläufigen Synthese*, in: ders. / Thomas Schlemmer (Hg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014, S. 13–22.

33 Hockerts, *Problemlöser*, S. 3.

immer vehementer forderten und den Gedanken einer zunehmenden »Unregierbarkeit«³⁴ Nahrung geben sollten. Damit war das Ende der »klassischen Phase« europäischer Nachkriegs-Wohlfahrtsstaatlichkeit gekommen, die sich stets mit Wirtschaftswachstum und Prosperität verbunden hatte und eine weitgehende Austrocknung der Arbeitslosigkeit sowie markante Erweiterungen der Aufnahmekapazitäten des Arbeitsmarktes zu erreichen vermochte.³⁵ All dies wurde recht genau jenseits des »Eisernen Vorhangs« registriert, wo verschiedene Beobachter in derartigen Entwicklungen den erwartbaren historischen Verlauf vermuteten.

Systemkonkurrenz als Katalysator des Sozialstaats und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft nach 1989/90

Denn das Sprechen über das Soziale war immer auch ein Diskurswettbewerb zwischen den Blöcken: Die gedankenexperimentellen Motive und Außengrenzen des bundesdeutschen Sozialstaatsmodells verliefen mitnichten parallel zu den Grenzen der »alten« Bundesrepublik. Vielmehr hat die Soziale Marktwirtschaft zweifellos eine starke Anziehungskraft auch auf die Bevölkerung der DDR entfaltet – und dies vermutlich bis zu deren Ende, oder besser: sogar darüber hinaus. Beide deutschen Staaten »funktionierten« während der Zweistaatlichkeit füreinander als permanente Konkurrenz- und Referenzgesellschaften, die darauf angewiesen waren, unter erheblichem Ressourceneinsatz gegenüber dem jeweils anderen deutschen Staat »Überlegenheit« auszustrahlen. Nicht zuletzt aufgrund dieser anhaltenden Wettbewerbssituation stiegen beide Staaten letztlich zur unumstrittenen Nr. 2 in ihren Gesellschafts-, Wirtschafts- und Militärblöcken auf. Vor diesem Hintergrund schien ein von ökonomischer Willkür und sozialen Verlustängsten geprägter Kapitalismus klassischer Provenienz in der Bonner Republik kaum vorstellbar, wollte man für »den Osten« nicht als idealtypische Projektionsfläche marxistisch-leninistischer Ideologie (konkret: Ausbeutung, Klassenkampf, Verelendung der Arbeiterschaft) fungieren. Insofern verband sich mit dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft im Zeitalter des Kalten Kriegs zweifellos auch die Absicht, die bundesdeutsche Gesellschaft von Anfang an gegenüber politisch-sozialen Alternativen positiv und wirksam zu imprägnieren und dadurch zu legitimieren. Umgekehrt blieb die DDR angesichts der bundesdeutschen Referenzgesellschaft stets darauf angewiesen, den utopischen Erwartungshorizont des »realen Sozialismus« zu erweitern, um dadurch – in erster Linie durch die

³⁴ Vgl. die Ausführungen von *Markus Goldbeck* in diesem Band.

³⁵ Boyer, Keynesianismus; André Steiner, Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den 1970er-Jahren, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe 3 (2006), H. 3, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3-2006/id=4716> [05.06.2019]; vgl. außerdem die Beiträge in Thomas Raithel / Thomas Schlemmer (Hg.), *Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989*, München 2009.

Verheißung allumfassender sozialer Sicherheit – attraktivitätssteigernd nach innen zu wirken und mit dem Streben nach Konkurrenzfähigkeit nach außen auf dem Weltmarkt politisches und ökonomisches Selbstbewusstsein zu demonstrieren.³⁶ Eine Geschichte sozialer Ordnungsentwürfe nach 1945 ohne jene »Verfremdungseffekte«, die die permanente gegenseitige Beobachtung und Gegenwart des jeweils »anderen Deutschland« ausgeübt hat, griffe demnach ebenso zu kurz, wie auf jene gesellschaftspolitische Alternativen zu verzichten, die sich im Zuge der Blockkonfrontation immer auch mit Überlegungen nach einem »Dritten Weg« verbanden.³⁷

Fragen der deutsch-deutschen Dimension hinsichtlich der mannigfachen »blockübergreifenden Probleme fortgeschrittener Industriegesellschaften«³⁸ werden bislang nur zögerlich reflektiert,³⁹ was durchaus überrascht: Systemkonkurrenz war immer auch – wenngleich gewiss asymmetrisch⁴⁰ – Sozialkonkurrenz. Somit war der Diskurswettbewerb um die »richtige« (also: die als humaner und gerechter aufgefasste) soziale Ausgestaltung des jeweiligen gesellschaftlichen Systems hochgradig ideologisch wie symbolpolitisch aufgeladen – was übrigens in vielerlei Aspekten bis heute nachwirkt.⁴¹ ›Hüben‹ wie ›drüben‹ war Sozialpolitik strategisches Instrument, sie diente der Aufwertung und Präsentation des eigenen als besserem System. Von den Besatzungsmächten weitgehend unberührt dienten bereits Vergleiche zwischen den einzelnen Zonen in Punkto Unterernährung, Versorgung, Konsum, Wohnverhältnisse usw. als wichtige Felder der Systemauseinandersetzung. Der Wettlauf mit der DDR und die immer offensichtlicher

36 Siehe dafür den Beitrag von *Jörg Roesler* in diesem Band. Vgl. außerdem Johannes Frerich / Martin Frey, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Teil 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik*, München 1993. Siehe zur DDR-Sozialpolitik des Weiteren Beatrix Bouvier, *Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker*, Bonn 2002; in vergleichender Einordnung: Hans Günter Hockerts (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit: NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998; Manfred G. Schmidt / Tobias Ostheim, *Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik*, in: Schmidt/Ostheim/Siegel u. a. (Hg.), *Wohlfahrtsstaat*, S. 173–192.

37 Vgl. den Beitrag von *Ines Weber* in diesem Band.

38 Konrad H. Jarausch, »Die Teile als Ganzes erkennen«. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe 1 (2004), 1, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2004/id=4538> [05.06.2019].

39 Vgl. aber etwa Winfried Süß, *Soziale Sicherheit und soziale Lagen in wohlfahrtsstaatlich formierten Gesellschaften*, in: Frank Bösch (Hg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Göttingen 2015, S. 153–194.

40 Anschaulich wird dies etwa am Beispiel der »Westpakete«, vgl. hierzu Konstanze Soch, *Eine große Freude? Der innerdeutsche Paketverkehr im Kalten Krieg (1949–1989)*, Frankfurt a.M./ New York 2018.

41 Peter Hübner, *Sozialpolitik im geteilten Deutschland 1945–1989. Entwicklungspfade und Forschungsperspektiven*, in: Thomas Lindenberger / Martin Sabrow (Hg.), *German Zeitgeschichte. Konturen eines Forschungsfeldes: Konrad H. Jarausch zum 75. Geburtstag*, Göttingen 2016, S. 209–225, hier S. 210f.

werdenden Niveauunterschiede gaben letztlich auch einen kaum zu unterschätzenden Ausschlag für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft; der Reformsozialismus westlicher Prägung hatte dadurch realisieren müssen, dass kein Weg an marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismen vorbeiführt – und zwar schlicht aus demokratietheoretischen Überlegungen.⁴² Nicht erst hier wird deutlich, wie Eigendynamik und Aufeinander-Bezogen-Sein ineinandergriffen, wobei wiederum die asymmetrische Anordnung der deutsch-deutschen Konstellation nicht außer Acht gelassen werden darf: So blieb der westdeutsche Lebensstandard bis zum Ende der Zweistaatlichkeit Referenzpunkt, nicht umgekehrt.⁴³

Wie aber verliefen nun die Entwicklungen im anderen Deutschland, was waren wichtige sozialpolitische Eckpfeiler, wo lagen Unterschiede und Gemeinsamkeiten? Ein wesentlicher Gegensatz zur Bundesrepublik war zweifellos das verfassungsmäßig verankerte »Recht auf Arbeit« – die Vollbeschäftigungsgarantie, die allerdings auch gleichzeitig eine Pflicht zur Arbeit implizierte – und ein existenzsicherndes Arbeitseinkommen, was älteren grundsichernden Vorstellungen der Arbeiterbewegung entsprach. Die zentral gelenkte Planwirtschaft beinhaltete eine auf Nivellierung ausgerichtete Lohnpolitik, umschloss eine ausgeprägte Familien- und Frauenförderung, umfangreiche, auf Egalisierung und Umverteilung zielende Subventionierungen von Gütern und Dienstleistungen des Grundbedarfs und verstärkt seit den frühen 1970er Jahren auch im Bereich des Wohnungsbaus. Wesentlicher Faktor für die »Arbeitsgesellschaft« (Martin Kohli) DDR war ferner die betriebliche Sozialpolitik, die »Lückenfüller« für das alltägliche Dasein war, also maßgeblich verantwortlich für die Kinderbetreuung, bestimmte Zusatzleistungen wie Urlaubsreisen oder die Bereitstellung von Wohnraum und somit eine der wesentlichen gesellschaftlichen Stabilisierungsfaktoren war.⁴⁴ Der Preis, den der autoritäre sozialistische Wohlfahrts- und Arbeitsstaat DDR für diese garantierten Schutzrechte zu bezahlen hatte, war eine Überbesetzung der Arbeitsplätze und verkürzte Problemdiagnosen und -therapien, gerade mit Blick auf die latenten Spannungen zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik.⁴⁵ Daneben darf die Existenz einer relativen Armut nicht außer Acht gelassen werden, die immerhin in einer Größenordnung von etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung auftrat, die freilich im öffentlichen Diskurs beschönigend ausgeblendet werden musste.

⁴² Jakob Tanner, *Das Kapital nach Marx. Piketty blickt ins 21. Jahrhundert*, in: *Historische Anthropologie* 24 (2016), 2, S. 253–264, hier S. 259.

⁴³ Vgl. nur Christoph Kleßmann, *Verflechtung und Abgrenzung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43 (1993), 29/30, S. 30–41.

⁴⁴ Vgl. nur Peter Hübner, *Der Betrieb als Ort der Sozialpolitik in der DDR*, in: Christoph Boyer (Hg.), *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR*, Dresden 1999, S. 63–74; ders., *Diktatur und Betrieb in der frühen DDR (1949–1961). Aspekte einer schwierigen Beziehung*, in: Dierk Hoffmann / Michael Schwartz / Hermann Wentker (Hg.), *Vor dem Mauerbau: Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre*, München 2003, S. 119–135.

⁴⁵ Schmidt, *Sozialstaat*, S. 52.

Betroffen waren allen voran diejenigen Gruppen, die außerhalb des Produktionsprozesses standen, also Rentner, aber auch Kinderreiche, Sozialfürsorgeempfänger oder Alleinerziehende, was auf spezifische Einschluss- und Ausschlussregeln der staatssozialistischen Gesellschaft verweist.⁴⁶ Auf der anderen Seite der sozialen Stufenleiter sind Spitzenkader oder Angehörige der bewaffneten Organe anzusiedeln, was darauf deutet, dass der Nexus zwischen Wohlverhalten und Versorgung weitaus enger sowie meritokratische Beurteilungsmodi ungleich stärker ausgeprägt waren als in der Bundesrepublik. Die notorische Ungleichbehandlung zwischen produzierenden und nicht produzierenden Gesellschaftsmitgliedern war letztlich durch die mangelnde Leistungskraft und Produktivität der DDR-Planwirtschaft bedingt.⁴⁷

Auch andere Widersprüche ließen sich anführen, etwa die Schwächen im Gesundheitswesen, aber auch die Paradoxien der Geschlechterordnung, wobei trotz Familienpolitik und Erleichterungen der Frauenberufstätigkeit die traditionelle Arbeitsteilung weitgehend beibehalten blieb. Die umfassenden Subventionen, die integrativ wirken und ein Klima sozialer Geborgenheit und Sicherheit schaffen sollten, führten nicht nur zu einer wenig effizienten Verwendung von Ressourcen, sie verhinderte auch eine dringend erforderlich Erhöhung der Einzelhandelspreise (oder im Umkehrschluss, eine Senkung der Löhne und Gehälter).⁴⁸ Dieser Schritt jedoch, das hatte die Partei- und Staatsführung die Erfahrung des Arbeiteraufstandes des Jahres 1953 gelehrt, unterblieb; stattdessen hatten der »Prager Frühling« oder die Unruhen in Polen im Dezember 1970 defensivreaktionäre, hektische Antworten auf drängende Fragen hervorgerufen. Dies hatte dazu beigetragen, einen patriarchalisch geprägten Konsumismus als »Herzstück des Staatssozialismus«⁴⁹ innerhalb der staatlich gelenkten Sozialpolitik zu installieren. Hierdurch wurden letztlich gigantische Summen aufgewandt, was zu Innovationsblockaden und einem Anstieg der Außenverschuldung in letztlich nicht mehr kontrollierbare Höhen führte. Nicht unähnlich zum Westen wurde da-

⁴⁶ Dazu umfassend Lorke, Armut.

⁴⁷ Christoph Boyer, Entstehung und Erbe des staatssozialistischen Wohlfahrtsstaates in Ostmitteleuropa, in: *Zeitgeschichte* 36 (2009), 6, S. 381–392, hier S. 382f.; zu Ungleichheiten im Staatssozialismus Jens Gieseke, Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe 10 (2013), 2, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2013/id=4493> [05.06.2019]; vgl. für die Folgen jüngst Günther Heydemann / Karl-Heinz Paqué, (Hg.), *Planwirtschaft – Privatisierung – Marktwirtschaft. Wirtschaftsordnung und -entwicklung in der SBZ/DDR und den neuen Bundesländern 1945–1994*, Göttingen 2017.

⁴⁸ Christoph Cornelißen / Nicole Kramer, Der Europäische Wohlfahrtsstaat: Ursprünge, Modelle, Herausforderungen, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 67 (2016), 7–8, S. 389–407.

⁴⁹ Boyer, Erbe, S. 384.

mit eine Politik der Teilhabe am Konsum verfolgt, nicht unähnlich bilden mithin genau diese Jahre einen markanten Einschnitt.⁵⁰

Alles in allem trugen die sozialen Errungenschaften, die von einem Großteil der Bevölkerung immer mehr als Selbstverständlichkeit wahrgenommen worden sind, wiederum nicht unähnlich dem Westen zur Ausbildung einer hohen, im Rückblick womöglich überzogenen sozialen Erwartungshaltung bei, die in der finalen Phase der DDR zu zunehmenden legitimatorischen Problemen führen sollte. Zum Ende der DDR waren es gerade die wachsenden sozialpolitischen Missstände, etwa auf dem Feld der Wohnraumversorgung oder der Renten, wodurch die Modernisierungslücke zum Westen immer offensichtlicher wurde und woraus immense Legitimitätsprobleme erwachsen sollten. Nicht nur westlich, auch östlich des »Eisernen Vorhangs« schwand die Manövrierfähigkeit nationaler Politik, ob ausgelöst durch den Systemgegner, die offenkundig werdende Schwäche der Sowjetunion, internationale Finanzmärkte oder transnational agierende Unternehmen.⁵¹ Somit war auch der Staatssozialismus mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert, mit denen sich der demokratisch-keynesianistisch-korporatistische Wohlfahrtsstaat des Westens auseinandersetzen musste. Daher sind – ungeachtet aller systemischen Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur oder beispielsweise der vergleichsweise stärker ausgeprägten Arbeitsbiographiezentrierung im Osten – letztlich zwar graduelle, keinesfalls aber ausschließlich Unterschiede zwischen »Ost« und »West« zu konstatieren, waren beide Sphären kaum undurchlässig voneinander getrennt.⁵² Diese ständige Verbundenheit trotz Blockgebundenheit gilt es zeithistorisch künftig noch viel stärker zu berücksichtigen. Denn hier wie dort ging es um die Integration und um eine tendenzielle Inklusion immer größerer Bevölkerungsteile in ein sich stetig vergrößerndes Netz sozialpolitischer Sicherungsmaßnahmen, das vielfältige Sozialleistungen einschloss und mannigfache Präventiv- sowie Interventionsmechanismen eingerichtet hatte, was wiederum Loyalitäten generieren sollte und – mal mehr, mal weniger explizit – gegen den Systemgegner gerichtet war.

Die Umbrüche nach 1989/90 ließen die Prozesse, die im Westen der Republik schon längst im Gange waren, schließlich auch im Osten spürbar werden. Die in das westliche Sozialsystem bereits implementierten Rückbaudynamiken gingen Hand in Hand mit Europäisierungstendenzen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

50 Charles S. Maier, *Two Sorts of Crisis? The »long« 1970s in the West and the East*, in: Hans Günter Hockerts (Hg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 49–62.

51 Peter Hübner, *Fortschrittskonkurrenz und Krisenkongruenz? Europäische Arbeitsgesellschaften und Sozialstaaten in den letzten Jahrzehnten des Kalten Krieges (1970–1989)*, in: *Zeitgeschichte* 34 (2007), S. 144–150; siehe auch Alexander Burdumy, *Sozialpolitik und Repression in der DDR. Ost-Berlin 1971–1989*, Essen 2013.

52 Cornelißen/Kramer, *Wohlfahrtsstaat*; vgl. in kulturgeschichtlicher Hinsicht die unterschiedlichen Beiträge in Eva M. Gajek / Christoph Lorke (Hg.), *Soziale Ungleichheit im Visier: Wahrnehmung und Deutung von Armut und Reichtum seit 1945*, Frankfurt a.M./New York 2016.

und einer Entgrenzung des Sozialstaates; nun kam als weiterhin beschleunigender Faktor das Ende der kommunistischen Systeme in Osteuropa und der darauffolgende Transfer des Neoliberalismus nach Osteuropa hinzu.⁵³ Hatte die zuvor unangetastete Grundformel Arbeit, Einkommen, Bedarfssicherung und Unterhalt im Westen bereits an Geltungsanspruch eingebüßt,⁵⁴ was einen gewissen Grad an Desillusionierung nach sich zog, so kamen die Veränderungen im Osten ungleich abrupt. Aus Sicht mancher Sozialwissenschaftler durchlebten die »neuen Bundesländer« seit der Vereinigung eine »Verwestlichung der ostdeutschen Ungleichheitsstrukturen« (Rainer Geißler). So einleuchtend diese nüchtern gehaltenen Beobachtungen einer ›Normalisierung‹ oder ›Anpassung‹ an die Mechanismen vertikaler sozialer Mobilität und an den Typus westlicher post-industrieller Gesellschaften mitsamt aller Problematiken und individualisierten Risiken auch sein mögen, so sind sie doch insbesondere aus zeitgeschichtlicher Perspektive wenig befriedigend, weil dadurch weder die Ungleichheitsstrukturen der DDR-Gesellschaft vor 1989/90 berücksichtigt,⁵⁵ noch die zahlreichen Ambivalenzen des Einigungsprozesses ausreichend bedacht werden. Denn gerade die Frage nach den unterschiedlichen, normativ aufgeladenen Sozialvorstellungen blieben dabei unterberücksichtigt. Diese spiegeln sich paradigmatisch und prominent in den zeitgenössischen wie nachträglichen Debatten um die Treuhandanstalt und den verbundenen, teils revolutionär anmutenden sozialen Einschnitten, die in den Jahren nach 1990 allen voran die politische Linke zu politisieren versuchte.⁵⁶ »Erlern« west- und ostdeutsche Sozialimaginationen und Deutungsgewohnheiten zu (Un-)Gleichheit nach 1989/90 auch nur annähernd aufeinander abzustimmen bzw. zwischen ihnen zu moderieren, sollte zu einer der größten Herausforderungen des Einigungsprozesses werden. Sie wirken, wie es scheint, bis in die Gegenwart als eine kaum zu überschätzende Quelle sozialen Unmuts.⁵⁷

53 Philipp Ther, Europäische Transformationen. Über Schocktherapien, Demokratie und Populismus nach 1989, in: Bösch/Hertfelder/Metzler, Grenzen, S. 239–258, hier S. 242; siehe auch Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit: Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012; vgl. zu aktuellen Entwicklungen Jan Zielonka, Counter-Revolution: Liberal Europe in Retreat, Oxford 2018.

54 Hübner, Fortschrittskonkurrenz.

55 Siehe dazu die Überlegungen von *Christopher Banditt* in diesem Band. Vgl. für das Folgende außerdem Christoph Lorke, Von alten und neuen Ungleichheiten. ›Armut‹ in der Vereinigungsgesellschaft, in: Thomas Großbölting / ders. (Hg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 271–295.

56 Vgl. den Beitrag von *Marcus Böick* in diesem Band sowie dessen Studie Die Treuhand: Idee – Praxis – Erfahrung. 1990–1994, Göttingen 2018; vgl. zu den damaligen Diskussionen auch Thorsten Holzhauser, Neoliberalismus und Nostalgie. Politische Re-Formationen und die Entstehung der Linkspartei im vereinten Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft 44 (2018), S. 586–618.

57 Siehe etwa Christoph Lorke, Die Einheit als »soziale Revolution«. Debatten über soziale Ungleichheit in den 1990er Jahren, in: Zeitgeschichte-online, März 2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/thema/die-einheit-als-soziale-revolution> [06.06.2019].

Les »trente glorieuses«. Europäische Wohlfahrtsregime in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Vergleich

Doch zunächst zurück zur Bundesrepublik der frühen 1980er Jahre: Ungleich stärker als zuvor wurden, nachdem der »kurze Traum immerwährender Prosperität«⁵⁸ ein jähes Ende erreicht hatte, die im Nachkriegskonsens geglätteten, jedoch teils offenen Fragen nach dem konkreten Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik nun wieder aufgeworfen, und zwar in aller Heftigkeit. Diese Entwicklung führte zu einem leidenschaftlichen Streit zwischen SPD und FDP. Als Letztere unumwunden und verstärkt für »mehr Markt« warb, zerbrach schließlich die sozialliberale Koalition. In der Folge wurden institutionelle Reformen des Sozialstaates und Prozesse der Deregulierung und arbeitsmarktpolitischen Flexibilisierung eingeleitet, die eine Erosion der industriellen Normalarbeitsverhältnisse, eine Zunahme irregulärer Erwerbsbiographien, die Entstehung bzw. Vergrößerung eines »Prekariats« bzw. der »Überflüssigen«⁵⁹ und einen tiefgreifenden Wandel der Arbeitswelt zur Folge haben sollte – Prozesse, die häufig als »neoliberale Wende« umschrieben werden. Philipp Ther und andere warnten allerdings davor, diesen Paradigmenwandel gerade im internationalen Vergleich überzubewerten und verwiesen auf die Tatsache einer behutsam-inkrementalen Reform statt einer abrupten Schleifung sozialer Sicherungsmechanismen.⁶⁰ Denn ausgesprochen »marktradikal« war jene Neujustierung des Verhältnisses von Wirtschaft und Sozialstaat hierzulande kaum. Vielmehr kontrastieren die vergleichsweise moderaten Anpassungen in der Bundesrepublik, aber auch in Italien, Österreich, Skandinavien oder Frankreich erheblich mit dem harten Kurswechsel im Zuge der »Thatcher-Revolution« im Vereinigten Königreich.⁶¹ Und dennoch: Im Gegensatz zu früheren Interpretationen betrachteten auch in der Bundesrepublik eher »neoliberal« gesinnte PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und sonstige KommentatorInnen soziale Ungleichheit in ihren Ausdeutungen nicht mehr als zu überwindenden Übelstand, sondern gar als Movens wirtschaftlichen Wachstums und Motivation für sozialen Aufstieg. Mit den 1980er Jahren ist der

58 Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 1984.

59 Martin Kronauer, *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt a.M./New York 2002.

60 Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent: Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014; vgl. auch dessen Beitrag in diesem Band sowie Ivan T. Berend, *From the Soviet Bloc to the European Union. The Economic and Social Transformation of Central and Eastern Europe since 1973*, Cambridge 2009. Kritisch zum Topos der »neoliberalen Wende« äußerte sich auch – nebst anderen – Andreas Wirsching, »Neoliberalismus« als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: Plumpe/Scholtzky, *Staat und die Ordnung*, S. 139–150 sowie Peter Hoeres, *Gefangen in der analytisch-normativen Westernisierung der Zeitgeschichte. Eine Kritik am Konzept der Zeitbögen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 63 (2015), S. 427–436.

61 Vgl. den Beitrag von *Almuth Ebke* in diesem Band.

bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat ein zunehmend »bedrängter« und befindet sich in einer Art dauerhaften politischen Rechtfertigungskrise, die untrennbar auf die transnationale Dimension des Problems, kurz: auf die zunehmende Rolle der Globalisierung und etwa die Abwanderung von Arbeitsplätzen in die »Dritte Welt«, nach Fernost oder Osteuropa sowie die Entwertung nationaler Wirtschafts- und Finanzeingriffe und damit Verlust von Steuerungskompetenz rekurriert.⁶²

Der Band möchte versuchen, diese Beobachtungen auch jenseits deutscher Grenzen nachzuvollziehen und damit zu kontrastieren. Denn was für die deutsch-deutsche Konstellation (sowohl vor als auch nach 1989/90) zutrifft, kann für andere Vergleichsaspekte umso mehr Geltung beanspruchen. Nach wie vor ist die komparative Sozialstaatsforschung ein Desiderat: Während wir über Nordwest- und Mitteleuropa recht gut informiert sind, werden der Süden und auch der Osten Europas in länder- und systemübergreifenden vergleichenden Arbeiten zumeist ausgeklammert oder nur am Rande erwähnt⁶³ – von globalen Entwicklungen ganz zu schweigen.⁶⁴ Diese Leerstelle verwundert angesichts der Rede von der »Wiederkehr der sozialen Unsicherheit«,⁶⁵ die die Mehrzahl der europäischen Versicherungsgesellschaften im Zuge einer Rückkehr der Armut, einer massiven Verlagerung und Erweiterung der Risikobevölkerungen und der Entstehung neuer Armengruppen,⁶⁶ ja einer »Demokratisierung von Armut und Arbeitslosigkeit« (Ulrich Beck) zunehmend spürbar erfassen sollte. Diese grenz-

62 Winfried Süß, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat. Deutsche und europäische Perspektiven auf die Sozialpolitik der 1970er-Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 95–126.

63 Vgl. aber Hartmut Kaelble, Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München 2007 sowie andere Veröffentlichungen des Autors zum Thema; vgl. zudem Gerhard A. Ritter, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 2010; Eberhard Eichenhofer, Geschichte des Sozialstaats in Europa. Von der »sozialen Frage« bis zur Globalisierung, München 2007.

64 Denn die in diesem Band aus pragmatischen Gründen gewählte eurozentrische Sichtweise darf nicht verstellen, dass ein umfassender »Export« des europäischen Wohlfahrtsstaatsmodells nach Übersee erfolgt ist (und weiterhin erfolgt). Siehe nur Ludger Pries, Transnationalisierung sozialer Ungleichheit und gerechte Migration, in: Steffen Mau / Nadine M. Schöneck (Hg.), (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten, Berlin 2015, S. 175–184; vgl. jüngst Wilma Wolf, Entgrenzungsprozesse in Arbeitsmärkten durch transnationale Arbeitsmigration: World Polity und Nationalstaat im 19. Jahrhundert und heute, Baden-Baden 2018; Luann Good Gingrich / Stefan Köngeter (Hg.), Transnational Social Policy. Social Welfare in a World on the Move, London 2017.

65 Robert Castel, Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, in: ders. / Klaus Dörre (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 2009, S. 21–34.

66 Christoph Conrad, Was macht eigentlich der Wohlfahrtsstaat: internationale Perspektiven auf das 20. und 21. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 39 (2013), S. 555–592; vgl. auch die Anklageschrift von Hans Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung: Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013 sowie in zeitgenössischer Perspektive Jürgen Habermas, Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: ders., Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt a.M. 1985, S. 141–161.